

II-5539 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2791/J

1988-10-14

A N F R A G E

der Abgeordneten Srb und Freunde  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend Arbeitsmarktpolitik

Bezugnehmend auf Ihre Anfragebeantwortung 2538/AB vom 15.9.1988 erlauben wir uns weitere Präzisierungen unserer Fragen und erwarten ausführlichere Antworten zu einzelnen Punkten, die in der ersten Beantwortung allzu vage gerieten.

- 1) Auf unsere Frage, ob Sie der Meinung sind, daß die derzeitige Praxis der Beihilfengewährung ein adäquates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (vor allem der Langzeitarbeitslosigkeit) darstellt, antworten Sie, daß "aufgrund neuer Erkenntnisse und sich ändernder Arbeitsmarktverhältnisse laufend eine Anpassung des Instrumentariums erforderlich (ist). Solche Anpassungen werden auch durchgeführt."

In welcher Form äußern sich diese Anpassungen?

- 2) Auch auf die Frage "Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie, um die Inanspruchnahme der AMFG-Förderungsmittel sicherzustellen bzw. zu erhöhen" antworten Sie mit dem Verweis auf die Notwendigkeit, "laufende Anpassungen des Instrumentariums" vorzunehmen und die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung anzuweisen, "im Sinne der Schwerpunktprogramme bzw. anderer Richtlinien vorzugehen".

- a) Wie wird das Instrumentarium angepaßt?
- b) Wie lauten die Schwerpunktkprogramme?
- c) Was bedeutet die Formulierung "andere Richtlinien"?

- 3) Auf die Frage, welche der in der Förderungsperiode gesetzten Restriktionen gedenken Sie wieder aufzuheben, antworten Sie, daß sich diese "durch die sich positiv entwickelnde Budgetsituation weitgehend selbst aufgehoben" hätten.

Wie erklären Sie, daß die im Anhang mitgelieferte Statistik (deutliche Reduktionen in den Bereichen Arbeitsmarktausbildung, Aktion 8000, Akademikertraining im Zeitraum von 1986-1988) dieser Aussage eklatant widerspricht?

- 4) Folgende Fragen scheinen uns äußerst ungenau beantwortet zu sein:

"Wie hoch müssen die Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für a) die aktive Arbeitsmarktpolitik insgesamt und b) für die AM-Schulung, das Akademikertraining, die Aktion 8000 sein, um die aktuellen und kommenden Arbeitsmarktprobleme wirksam bekämpfen zu können? " und

"Wie hoch werden 1989 nach Ihrer realistischen Einschätzung die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel für diese Bereiche sein?"

Sie antworten, daß "der Einsatz der Arbeitsmarktförderung im Hinblick auf die praktischen Erfahrungen ständig überdacht" werden muß und daß "das Ausmaß pragmatisch festzulegen ist". Weiters schreiben Sie, daß "in nächster Zeit die Finanzierungsstruktur der Arbeitsmarktpolitik verstärkt Beachtung finden muß".

In welchen konkreten Maßnahmen äußert sich der genannte "Pragmatismus"?

In welche Richtung zielen Ihre Überlegungen in bezug auf die Finanzierungsstruktur der Arbeitsmarktpolitik ?

Da nun die Budgetverhandlungen weitgehend abgeschlossen sind, fragen wir Sie:

Wie hoch sind die zur Verfügung stehenden Mittel für die Arbeitsmarktpolitik und wie verteilen Sie sich nach den einzelnen Bereichen der Arbeitsmarktförderung?

und wiederholen auch angesichts des Überschusses von 2 Milliarden S in der AMV die Frage:

Wie hoch müssen die Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für  
a) die aktive Arbeitsmarktpolitik insgesamt,  
b) die AM-Schulung,  
c) das Akademikertraining und  
d) die Aktion 8000  
sein, um die aktuellen und kommenden Arbeitsmarktprobleme  
wirklich bekämpfen zu können?

- 5) In bezug auf Ihre sehr allgemeine Antwort auf die Frage nach dem Beitrag der Arbeitsmarktverwaltung, um so beunruhigenden Phänomenen wie Drogenkonsum, politischem Extremismus, Vandalismus etc., entgegenwirken zu können, präzisieren wir unsere Frage wie folgt:

Ist es nicht notwendig über die Arbeitsmarktpolitik hinaus, konkrete Maßnahmen zur Lösung des Obdachlosenproblems in der Wohnungspolitik zu setzen?

Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie?

Wie beurteilen Sie Ereignisse wie jene in der Wiener Ägidigasse?

Durch welche sozialen Maßnahmen wären die Entwicklungen in der Ägidigasse vermeidbar gewesen?

- 6) Auf unsere Frage, nach der Notwendigkeit von Maßnahmen der Länder und Gemeinden, um die in Frage 5 genannten Probleme zu lösen, antworten Sie mit dem Hinweis, daß "in fast allen Bundesländern sich die Landesregierungen bereiterklärt haben, Einzelarbeitsprojekte und projektorientierte Maßnahmen im Rahmen der Aktion 8000 zu unterstützen.... Leider ist es bis dato nicht gelungen, ein solches Finanzierungsabkommen mit der Gemeinde Wien abzuschließen."

Wieviele Personen sind Nutznießer solcher Projekte aufgeschlüsselt nach Bundesländern?

Wie hoch war der finanzielle Aufwand dafür im Jahre 1988?

Aus welchen Gründen scheiterten die Verhandlungen mit der Gemeinde Wien, der Stadt mit den größten Problemen der geschilderten Art?

In welchen anderen Bundesländern kamen solche Finanzierungsabkommen nicht zustande und aus welchen Gründen?